

6. November 2023

Stellungnahme zur Diskussion um eine mögliche Sammelunterkunft für Geflüchtete in Gummersbach-Reininghausen („Sandberg“)

Blicken wir zunächst einmal zurück in das Jahr 2015, als eine große Zahl an geflüchteten Menschen nach Deutschland kamen. „Wir schaffen das!“ hatte damals Bundeskanzlerin Merkel gesagt. Und wir haben es geschafft, auch und gerade in Gummersbach. In der ehemaligen Hauptschule in Strombach wurde eine Sammelunterkunft zur Erstaufnahme eingerichtet. Die Verwaltungsspitze informierte die Bürgerinnen und Bürger in einer öffentlichen Versammlung, Zivilgesellschaft und Verwaltung schufen mit Engagement und Herzenswärme eine vorbildliche Willkommens-Atmosphäre. Durch großen Einsatz gelang es der Stadtverwaltung, eine große Zahl Geflüchteter dezentral in Wohnungen unterzubringen und so die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration zu schaffen. Auf diese Leistung können wir in Gummersbach stolz sein.

Die Diskussion um die aktuellen Überlegungen der Landes- bzw. der Bezirksregierung, auf dem brachliegenden ehemaligen FH-Gelände in Gummersbach eine Sammelunterkunft einzurichten, bewegt sich jetzt in eine gefährlich unsachliche Richtung. Schon bevor irgendjemand auch nur einen der Menschen kennt, die möglicherweise dorthin kommen, werden Vorurteile und Ängste heraufbeschworen. Sicher wäre es gerade für die Betroffenen besser, wenn sie dezentral untergebracht werden können. Doch wenn das zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sein sollte und eine Sammelunterkunft notwendig wird, dann gebietet es der Anstand, den dort untergebrachten Menschen Respekt entgegen zu bringen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ fordert unser Grundgesetz. Das gilt auch für die Würde der Menschen, die möglicherweise auf den Sandberg kommen. Wer diese Menschen als „Zumutung“ oder als „Gefahr für den sozialen Frieden“ beschreibt, wer von „berechtigten Sorgen“ redet, noch bevor irgendjemand Bedenken geäußert hat, der provoziert Konflikte statt die Anwohner:innen mitzunehmen. Wenn der Bürgermeister eine „Unverträglichkeit bzw. einen massiven Nutzungskonflikt“ mit der Wald-Kita anführt, dann wird die Assoziation geweckt, dass die Menschen in der Sammelunterkunft eine Gefahr für die Kleinkinder sein könnten. Das wäre eine ebenso ungeheuerliche Unterstellung und Vorverdächtigung wie die Äußerung des Vertreters der „Interessengemeinschaft Sandberg“, man könne wegen der Nähe des Lindengymnasiums das Thema Drogen nicht ausblenden. Umgekehrt ist es richtig: Die Nähe des Lindengymnasiums, der Realschule und des Berufskollegs auf dem Hepel und auch der Kita würde die Möglichkeit für Kontakte und Begegnungen schaffen, für den Abbau von Vorurteilen, für den Aufbau eines Miteinanders.

Auch wir würden eine dezentrale Unterbringung der Asylsuchenden vorziehen. Aber wenn es nicht anders geht: Wir haben das Vertrauen in die Menschen in Gummersbach, dass sie im Falle einer Sammelunterkunft das Beste aus der Situation machen. Wir schaffen das!